

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 17.08.2018

Von Simon Ernst

18.08.2018

Raubzug der Multis

Kanadischer Konzern will Venezuelas Raffinerien in den USA pfänden lassen



Ölfeld Morichal im venezolanischen Orinoco-Gürtel

Foto: MIGUEL GUTIERREZ/dpa/EPA

Ein Bezirksgericht im US-Bundesstaat Delaware hat in der vergangenen Woche entschieden, dass Gläubiger der Regierung Venezuelas Vermögen des südamerikanischen Landes in den Vereinigten Staaten pfänden lassen dürfen. Das Urteil erlaubt dem kanadischen Bergbaukonzern Crystallex den Zugriff auf Aktienanteile des

venezolanischen Staatsunternehmens PDV Holding. Dieses hat bereits Berufung gegen die Entscheidung eingelegt.

Die US-Filiale von Venezuelas staatlicher Erdölgesellschaft PDVSA verfügt in den USA mit drei großen Raffinerien, Dutzenden Verladeterminals und mehr als 5.000 Tankstellen unter dem Markennamen Citgo über Vermögenswerte von etwa acht Milliarden Dollar. Damit ist die Holding das »Kronjuwel« unter Venezuelas ausländischen Investitionen.

Hintergrund des Rechtsstreits sind Zahlungen in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar, die Crystallex als Entschädigung für die Stilllegung einer Goldmine in Venezuela eintreiben will. 2008 war das im Imataca-Urwaldschutzgebiet gelegene Bergwerk »Las Cristinas« aufgrund von Umweltauflagen der Regierung des damaligen Präsidenten Hugo Chávez stillgelegt worden. Das aber habe, so ein Schiedsgericht der Weltbank, den Investitionsschutzbestimmungen eines bilateralen Abkommens zwischen Venezuela und Kanada widersprochen. Die Richter in den USA urteilten nun, dass Caracas es versäumt habe, die Crystallex deshalb 2016 zugesprochenen Zahlungen zu leisten. Vermögenswerte von PDVSA seien auch dann pfändbar, so die Richter weiter, wenn sich die Forderungen an den venezolanischen Staat richten. Das könnte für Besitzer venezolanischer Anleihen, allen voran internationale Großbanken, das Signal sein, nun ebenfalls Pfändungsrechte geltend zu machen und sich in die Inkassoschlange einzureihen. Großinvestoren wie Blackrock, Vanguard oder die deutsche Allianz haben in den letzten Jahren von hohen Zinssätzen der Papiere profitiert, bis Venezuela unter dem Eindruck der US-Wirtschaftssanktionen Ende letzten Jahres viele Zinszahlungen einstellte.

Venezuelas Deviseneinnahmen sind von der Erdölproduktion abhängig, und diese hat in den letzten vier Jahren einen katastrophalen Einbruch erlebt. Vermögenswerte von Citgo sind daher zuletzt gleich mehrfach als Sicherheit hinterlegt worden: 51 Prozent sichern einen bestimmten Typ von PDVSA-Anleihen ab, 49 Prozent garantieren für die Rückzahlung eines Kredits an den russischen Staatskonzern Rosneft.

Die drohenden Enteignungen venezolanischen Staatseigentums in den USA könnten die angespannte Versorgungslage im Land selbst weiter verschärfen, weil sie den Export von Erdöl weiter erschweren. Dadurch geht die Einnahme der für Lebensmittelimporte notwendigen Devisen weiter zurück. Schon im Mai hatte der US-Erdölkonzern ConocoPhillips wichtige PDVSA-Exportanlagen auf den niederländischen Antillen beschlagnahmen lassen und das mit einer Steuererhöhung in Venezuela begründet. Seither kann der Erdölkonzern bestimmte Tankertypen nicht mehr befüllen.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise hat die Regierung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro zuletzt eine Kehrtwende vollzogen: »Las Cristinas«, eines der größten Goldvorkommen des Kontinents, wurde wieder zur Ausbeutung freigegeben, allerdings an neue Investoren. Das stößt auf Widerstand: Die im betroffenen Grenzgebiet zum Nachbarland Guayana lebenden Pemón-Indígenas wehren sich gegen die Wiederaufnahme der Aktivitäten. Sie fürchten die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch großangelegten Tagebau und giftige Chemikalien.